

MERKBLATT

Nutzung von Schulsporthallen durch Sportvereine

A) Grundsätzliches

Die Vergabe von Nutzungszeiten in Schulsportstätten für Sportvereine ist geregelt über die

- Gemeinsame Dienstvorschrift vom 27.09.1990
„Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten sowie Freigabe von Schulhofflächen und –sportplätzen als öffentliche Kinderspielplätze“
(im Folgenden „gemeinsame Dienstvorschrift 1990“ genannt)

und über die

- Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (Anm.: heute Behörde für Schule und Berufsbildung, BSB) und dem Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (Anm.: heute Finanzbehörde / Fachamt Bezirksverwaltung) für die Bezirksamter über die Nutzung von Schulräumen und –anlagen für bezirkliche Aufgaben vom 01.03.2001.
(im Folgenden „Rahmenvereinbarung 2001“ genannt)

Bestätigt werden die gemeinsame Dienstvorschrift 1990 und die Rahmenvereinbarung 2001 in der vom Amt für Verwaltung bekannt gegeben

- Dienstvorschrift „Mitbenutzung von Schulräumen und –anlagen“ vom 04.01.2006.

In der Dienstvorschrift vom 04.01.2006 wird unter Punkt 1.1 letzter Absatz, Punkt 1.2 letzter Absatz und Punkt 2. zur Regelung der Mitbenutzung von Schulsporthallen durch Sportvereine auf die Gültigkeit der beiden aufgeführten Dokumente von 1990 und 2001 verwiesen. Grundsätzlich sind für die Hallennutzung durch Sportvereine die Bezirksamter (Fachamt Sozialraummanagement Sport) zuständig und entscheiden über gestellte Nutzungsanträge. Sie sind die Vertrags- und Ansprechpartner für die Vereine in sämtlichen Angelegenheiten bei der Nutzung von Schulsportstätten. Die Überlassung einer Schulsportstätte erfolgt über einen

- öffentlich-rechtlichen Nutzungsvertrag (VA 1/Z 12.91/9).

Der Vertrag wird zwischen dem Sportverein und dem zuständigen Bezirk geschlossen. Aus den allgemeinen Benutzungsbedingungen und –vorschriften des Vertrags ergeben sich die öffentlich-rechtlich relevanten Konditionen einer Überlassung.



B) Antragsstellung und Verfahren

- Die Anträge auf Nutzung von Schulsportstätten durch Sportvereine werden an das Sportreferat des zuständigen Bezirksamtes gestellt. (Quelle: „gemeinsame Dienstvorschrift 1990“, Punkt 3 u. 4)
- Die Entscheidung über die Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten sowie über Ausnahmeregelungen treffen die Bezirksämter. (Quelle: wie vor)
- Bei der erstmaligen Überlassung von neuen Schulsportstätten muss der Vergabeausschuss beteiligt werden. (Quelle: „gemeinsame Dienstvorschrift 1990“, Punkt 5; Abs. 1)
- Bei der Vergabe haben die dem Hamburger Sportbund angeschlossenen Vereine Vorrang vor anderen sporttreibenden Gruppen und Einzelpersonen. (Quelle: „gemeinsame Dienstvorschrift 1990“, Punkt 5; Abs. 2)

C) Nutzungszeiten

- „Schulsportstätten stehen grundsätzlich montags bis freitags von 17.00 Uhr bis 22.00 Uhr für außerschulische Nutzung zur Verfügung.“ (Quelle: „gemeinsame Dienstvorschrift 1990“, Punkt 1.3)
- „Die Schulen haben bis 17.00 Uhr bei der Nutzung den Vorrang. Über die Nutzung in der Zeit von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr ist unter Abwägung der berechtigten Interessen aller Beteiligten im Einzelfall zu entscheiden.“ (Quelle: wie vor)
- „Schulsportstätten können auch über 22.00 Uhr hinaus und an Sonnabenden sowie an Sonn- und Feiertagen zur Verfügung gestellt werden, wenn die betrieblichen und personellen Verhältnisse es zulassen.“ (Quelle: wie vor)
- Bei Dauernutzungsverträgen ist eine Nutzung in den Schulferien vorgesehen: „Während der Schulferien stehen in Schulen Räume/Schulsportstätten zur Verfügung, soweit die betrieblichen und personellen Verhältnisse es zulassen.“ (vgl. Anlage zum öffentlich-rechtlichen Nutzungsvertrag, VA 1/Z 12.91/9, § 4.2)
- Zur personellen Entlastung der Schulen können den Vereinen Schlüssel für die Sporthallen übergeben werden (Abschluss einer Schlüsselvereinbarung). („vgl. Rahmenvereinbarung 2001“, Punkt V. 3)
- „Die kostenlose Benutzung von nicht vermieteten Schulparkplätzen durch die Mitbenutzer ist während der Mitbenutzungszeiten grundsätzlich sicherzustellen.“ (Quelle: „Rahmenvereinbarung 2001“, Punkt V. 4)



D) Unstimmigkeiten bei der Überlassung von Schulsportstätten

Wenn Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit der Hallennutzung zwischen Schule und Verein auftreten, vermittelt zunächst das Bezirksamt. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Lösung soll der Vergabeausschuss einberufen werden:

- „Der Vergabeausschuss soll einberufen werden, wenn Schwierigkeiten bei der Überlassung von Schulsportstätten auftreten, die in direkten Verhandlungen mit den Beteiligten nicht zu beseitigen sind.“
„Unter Federführung des Bezirksamtes wirken im Vergabeausschuss mit: der Hamburger Sport-Bund, der Betriebssportverband, die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (heute Behörde für Schule und Berufsbildung) und die Behörde für Inneres – Sportamt – (heute Behörde für Inneres und Sport).“
„Aufgabe des Vergabeausschusses ist es, im Rahmen der Mitbestimmung von Sport und Schule nach Möglichkeit eine Einigung herbeizuführen.“
(Quelle: „gemeinsame Dienstvorschrift 1990“, Punkt 5)

Hamburg, den 11.01.2011